

Testatsexemplar
Oikocredit Westdeutscher
Förderkreis e. V., Bonn
Jahresabschluss und Lagebericht
31. Dezember 2022

ETL AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft · Niederlassung Stuttgart
Lange Straße 59 70174 Stuttgart Telefon: +49(0711)93 30 91 60 · Faxdurchwahl: -80 · wp-stuttgart@etl.de ·
www.etl-wirtschaftspruefung.de

Leitung der Niederlassung: WP/StB Alfred Lein

Bankverbindung: Postbank Essen · IBAN DE80 3601 0043 0017 6354 30 · BIC PBNKDEFF

Sitz der Gesellschaft: 10117 Berlin · Handelsregister: AG Charlottenburg HRB 139064 B · USt-ID: DE 15976 9794

Niederlassungen: Bad Honnef, Berlin, Braunschweig, Bremen, Crailsheim, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Essen, Frankfurt am Main, Friedrichshafen,

Gütersloh, Halle (Saale), Hannover, Kempten (Allgäu), Koblenz, Köln, München, Nürnberg, Oldenburg, Saarbrücken, Stuttgart, Waren (Müritz), Weingarten, Wuppertal, Würzburg

Vorstand: WP/StB Christoph Tönsgerlemann (Vorsitzender), WP/StB Hille Behrens, StB Franz-Josef Wernze

Aufsichtsratsvorsitzender: WP Dr. Christian Gorny

Member of the ETL-Group.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers:

An den Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e. V., Bonn

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**Prüfungsurteile**

Wir haben den Jahresabschluss des Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e. V., Bonn, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e. V., Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der Vorschriften des Vermögensanlagengesetzes (VermAnlG) und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Vereins zum 31. Dezember 2022 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 25 VermAnlG i. V. m. § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 25 VermAnlG i. V. m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Verein unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der Vorschriften des VermAnlG in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins vermittelt.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende, geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 25 VermAnlG i. V.m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können,
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Vereins abzugeben,
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben,
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Verein seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann,

- beurteilen wir Darstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins vermittelt,
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Vereins,
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten

Prüfungsurteil

Wir haben auch die ordnungsmäßige Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten des Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e. V. zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse erfolgt die Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß.

Grundlage unseres Prüfungsurteils

Wir haben unsere Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten in Übereinstimmung mit § 25 Abs. 3 VermAnlG unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) „Assurance Engagements Other than Audits or Reviews of Historical Financial Information“ (Stand Dezember 2013) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten“ unseres Vermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Verein unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten

Die gesetzlichen Vertreter des Vereins sind verantwortlich für die in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit diesen Vorschriften als notwendig bestimmt haben, um die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten zu ermöglichen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten ordnungsmäßig ist, sowie einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zu der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 25 Abs. 3 VermAnlG unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) „Assurance Engagements Other than Audits or Reviews of Historical Financial Information“ (Stand Dezember 2013) durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Zuweisung stets aufdeckt. Falsche Zuweisungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Zuweisungen von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Zuweisungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Zuweisungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Zuweisungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- beurteilen wir die Ordnungsmäßigkeit der Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Prüfung des relevanten internen Kontrollsystems und von aussagebezogenen Prüfungshandlungen überwiegend auf Basis von Auswahlverfahren.

Stuttgart, 24. März 2023

ETL AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Fritz Baldus
Wirtschaftsprüfer

Alfred Lein
Wirtschaftsprüfer



Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e. V., Bonn
Bilanz zum 31. Dezember 2022

AKTIVSEITE	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR	PASSIVSEITE	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			A. EIGENKAPITAL		
I. Sachanlagen			I. Vereinskapi tal	1.014.142,93	1.014.142,93
Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.110,00	6.809,00	II. Gewinnvortrag	212.889,06	237.142,68
II. Finanzanlagen			III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	32.195,84	-24.253,62
Wertpapiere des Anlagevermögens	528.006,16	558.204,34		<u>1.259.227,83</u>	<u>1.227.031,99</u>
	<u>537.116,16</u>	<u>565.013,34</u>	B. RÜCKSTELLUNGEN		
B. UMLAUFVERMÖGEN			Sonstige Rückstellungen	46.775,00	58.600,00
I. Vorräte			C. VERBINDLICHKEITEN		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	572,12	1.561,89	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13.280,07	13.156,64
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			2. Sonstige Verbindlichkeiten	14.698,77	0,00
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.718,17	38.408,28		<u>27.978,84</u>	<u>13.156,64</u>
2. Sonstige Vermögensgegenstände	175.075,77	162.899,35	D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	900,00	1.030,00
	<u>176.793,94</u>	<u>201.307,63</u>			
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	618.621,45	528.433,92			
	<u>795.987,51</u>	<u>731.303,44</u>			
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	1.778,00	3.501,85			
	<u>1.334.881,67</u>	<u>1.299.818,63</u>		<u>1.334.881,67</u>	<u>1.299.818,63</u>
Treuhandvermögen Mitglieder	166.846.140,00	166.930.717,15			

Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e. V., Bonn
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	2022		2021
	EUR	EUR	EUR
1. Erlöse			
a) Mitgliedsbeiträge	146.872,22		148.094,22
b) Zuschüsse	454.048,00		449.895,00
c) Andere Umsatzerlöse im Sinne des § 277 HGB	98.202,32		74.425,98
		699.122,54	672.415,20
2. Erträge aus Zuwendungen		68.521,31	10.645,87
3. Sonstige betriebliche Erträge		14.334,36	21.055,78
		781.978,21	704.116,85
4. Aufwendungen für Waren		0,00	1,30
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter		306.878,37	336.467,57
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		64.847,65	67.573,28
		371.726,02	404.040,85
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		2.649,00	8.007,95
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit	75.400,88		108.257,08
b) Reise- und Tagungskosten	11.390,89		3.181,36
c) Raumkosten	21.327,84		23.547,84
d) Verwaltungskosten	76.619,07		79.756,56
e) Sonstige Aufwendungen	18.167,76		22.062,51
f) Geleistete Spenden	30.000,00		0,00
g) Weiterberechnete Aufwendungen	97.397,50		73.496,38
		330.303,94	310.301,73
Zwischenergebnis		77.299,25	-18.234,98
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		7.837,57	17.979,10
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		2.443,51	1.213,10
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen		29.125,40	0,00
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		2.487,43	1.638,08
12. Ergebnis nach Steuern		55.967,50	-680,86
13. Sonstige Steuern		23.771,66	23.572,76
14. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		32.195,84	-24.253,62

Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e. V., Bonn

Anhang für das Geschäftsjahr 2022

Allgemeine Angaben

Der Verein ist unter der Nummer VR 5794 in das Vereinsregister Düsseldorf eingetragen.

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB aufgestellt. Der Verein ist nach § 23 VermAnlG verpflichtet, einen Jahresabschluss nach handelsrechtlichen Vorschriften aufzustellen.

Der Verein erfüllt die Größenkriterien einer Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267a HGB. Größenabhängige Erleichterungen für kleine Kapitalgesellschaften wurden teilweise angewandt.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach § 265 Abs. 5 HGB um zusätzliche Posten erweitert.

Angaben zu Restlaufzeiten und Mitzugehörigkeit erfolgen im Anhang.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren die - soweit abweichend nicht nachfolgend vermerkt - nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und wird, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer auf der Grundlage steuerlich anerkannter Höchstsätze linear abgeschrieben. Gegenstände des beweglichen Anlagevermögens mit Anschaffungskosten bis EUR 250,00 (netto) werden unmittelbar aufwandswirksam erfasst. Anlagegüter mit Anschaffungskosten zwischen EUR 250,00 und EUR 800,00 (jeweils netto) werden einzeln aktiviert und im Zugangsjahr in voller Höhe abgeschrieben.

Die **Finanzanlagen** sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Abschreibungen werden vorgenommen, wenn eine voraussichtlich dauernde Wertminderung vorliegt. Zuschreibungen werden vorgenommen, sowie die Gründe der voraussichtlich dauernden Wertminderung nicht mehr vorliegen.

Anlage 3

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt. Allen risikobehafteten Posten ist durch die Bildung angemessener Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Guthaben bei Kreditinstituten, Kassenbestände und **Rechnungsabgrenzungsposten** werden mit ihren Nominalwerten angesetzt.

Das **Vereinskapital** wird zum Nennwert bewertet.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie sind so bewertet, dass sie allen ungewissen Verbindlichkeiten und erkennbaren Risiken im ausreichenden Maße Rechnung tragen.

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im Anlagespiegel – Anlage zum Anhang – dargestellt. Unter den Sachanlagen wird die Betriebs- und Geschäftsausstattung des Vereins ausgewiesen. Das Finanzanlagevermögen betrifft Wertpapiere. Auf diese wurden im laufenden Geschäftsjahr außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 29 vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Von den Forderungen aus Mitgliedsbeiträgen wurden im Berichtsjahr Einzelwertberichtigungen abgesetzt.

Die weiteren Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände überschreiten nicht die Laufzeit von einem Jahr.

Sonstige Vermögensgegenstände, die erst nach dem Abschlussstichtag rechtlich entstehen, sind nicht vorhanden.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Kostenerstattungen, die der Verein bereits im Geschäftsjahr für das Folgejahr geleistet hat, wurden unter dem aktiven Rechnungsabgrenzungskosten erfasst.

Vereinskapital

Beim Vereinskapital handelt es sich um das vom Verein vor dem 1. Januar 2014 erwirtschaftete Vermögen. Dieses beträgt EUR 1.014.142,93.

Die Ergebnisvorträge betreffen in den Vorjahren erwirtschafteten Jahresergebnisse. Diese betragen EUR 212.889,06.

Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen wurden im Wesentlichen für nicht genommene Urlaubsansprüche der Mitarbeiter, für Rechts- und Beratungskosten und für Abschlusserstellungskosten gebildet.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Treuhandvermögen

Ausgewiesen werden vom Verein treuhänderisch verwaltete Bankkonten, über welche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Veräußerung und Dividendenzahlungen von Genossenschaftsanteilen der Mitglieder an Oikocredit Ecumenical Development Cooperative Society U.A. abgewickelt werden, und die im eigenen Namen, aber auf Rechnung der Mitglieder erworbenen Genossenschaftsanteile an Oikocredit Ecumenical Development Cooperative Society U.A.

Im laufenden Jahr entwickelte sich das Treuhandvermögen wie folgt:

	<u>Anzahl</u>	<u>EUR</u>
Genossenschaftsanteile einschließlich		
Abwicklungskonto		
Bestand am 1.1.	831.134,14	166.226.827,31
Abwicklungskonto 1.1.	3.519,45	703.889,84
Anteilskäufe durch Mitglieder	35.936,78	7.187.354,39
Verkäufe durch Mitglieder	<u>-38.697,38</u>	<u>-7.739.476,33</u>
Bestand am 31.12.	<u>831.892,99</u>	<u>166.378.595,21</u>
Bestand Abwicklungskonto am 31.12.		<u>467.544,79</u>
		<u>166.846.140,00</u>

Anlage 3

	<u>EUR</u>
In 2022 insgesamt geleistete Dividende	821.166,07
davon Wiederanlagen	524.444,28
davon Auszahlungen	276.586,31
davon Zuwendungen an den Verein	20.135,48

Haftungsverhältnisse

Es bestehen keine Haftungsverhältnisse im Sinne des § 251 HGB.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestanden keine wesentlichen finanziellen Verpflichtungen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von EUR 1.653,96 enthalten.

Unter den Zinsen und ähnliche Aufwendungen sind Veräußerungsverluste aus dem Verkauf von Einzelpositionen des Finanzanlagevermögens aufgeführt.

An den Abschlussprüfer des Vereins wurden in 2022 folgende Honorare geleistet:

	<u>EUR</u>
Abschlussprüfung	7.551,79

Auslagen und Umsatzsteuer sind in den vorstehenden Beträgen enthalten.

Sonstige Angaben

Die Finanzlage des Vereins wird nicht durch außerbilanzielle Geschäfte beeinflusst.

Der **Vorstand** des Vereins setzt sich zum 31.12.2022 zusammen aus:

Dietmar Blümer, Diplom Physiker. (1. Vorsitzender)

Jean-Gottfried Mutombo, Pfarrer (2. Vorsitzender)

Harald Ohlmeier, Kaufmann (Schatzmeister)

Dorothea Groth, Dipl. Kauffrau

Ute Sudmann, Dipl. Betriebswirtin

Daniel Ammersilge, Student

Der Vorstand ist ehrenamtlich tätig.

Mitarbeitende

Der Verein beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 6,25 (Vj. 7) Mitarbeitende.

Erklärung nach § 23 Abs. 2 Nr. 3 Vermögensanlagengesetz

Der Vorstand versichert, dass der Jahresabschluss nach bestem Wissen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt. Der Anhang enthält die Ansätze in der Bilanz und der gewinn- und Verlustrechnung erläuterten Hinweise.

Bonn, 15. März 2023

gez. Dietmar Blümer
Vorstand

gez. Jean-Gottfried Mutombo
Vorstand

gez. Harald Ohlmeier
Vorstand

Anlagenspiegel

	Entwicklung der Anschaffungskosten				Entwicklung der Abschreibungen				Restbuchwerte	
	1.1.2022 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31.12.2022 EUR	1.1.2022 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31.12.2022 EUR	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
I. Sachanlagen										
Betriebs- und Geschäftsausstattung	42.175,39	4.950,00	0,00	47.125,39	35.366,39	2.649,00	0,00	38.015,39	9.110,00	6.809,00
II. Finanzanlagen										
Wertpapiere des Anlagevermögens	558.204,34	76.335,23	77.408,01	557.131,56	0,00	29.125,40	0,00	29.125,40	528.006,16	558.204,34
	<u>600.379,73</u>	<u>81.285,23</u>	<u>77.408,01</u>	<u>604.256,95</u>	<u>35.366,39</u>	<u>31.774,40</u>	<u>0,00</u>	<u>67.140,79</u>	<u>537.116,16</u>	<u>565.013,34</u>

Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e.V. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022

1. Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen

Oikocredit Ecumenical Development Cooperative Society U.A. (Oikocredit International)

Trotz anhaltender Ungewissheit an den weltweiten Märkten, konnte die ökumenische Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit, Ecumenical Development Cooperative Society U.A. mit Sitz in Amersfoort / Niederlande (im Weiteren: Oikocredit International) ihr Ergebnis im 3. Quartal 2022 verbessern. Zwar belasten volkswirtschaftliche Faktoren wie steigende Inflationsraten und Zinssätze die 513 Partnerorganisationen, die daher generell eher zögern Kredite aufzunehmen, dennoch wuchs das Entwicklungsfinanzierungsportfolio von 876 Mio. Euro (30. September 2021) auf 1,05 Mrd. Euro (30. September 2022). Das Portfolio verzeichnete vor allem aufgrund steigender Zinsen und positiver Wechselkurseffekte einen höheren Nettoertrag.

In unserem größten Kapitalmarkt in Deutschland haben sich neue kapitalmarktrechtliche Vorschriften, dämpfend auf Mittelzuflüsse ausgewirkt. Das Mitgliederkapital sank im Vergleich zum Vorjahresquartal leicht um 4,5 Mio. Euro auf 1,121 Mrd. Euro. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder und Anleger*innen blieb der Genossenschaft aber weiterhin treu. Auf der Generalversammlung im Juni wurde eine Dividendenzahlung von 0,5 % für 2021 beschlossen. Die Bilanzsumme lag im 3. Quartal 2022 bei 1,27 Mrd. Euro (Q3 2021: 1,26 Mrd. Euro).

2022 wurden mit der Umsetzung eines neuen Anlagemodells und der neuen werteorientierten Strategie 2022-2026 wichtige Initiativen zur Veränderung der Genossenschaft erfolgreich vorangetrieben. 2023 wird der Einführung des neuen Anlagemodells eine neue Strategie zur Kapitalbeschaffung folgen. Sie zielt darauf ab, dass Investor*innen sich Oikocredit anschließen, um verantwortungsvoll zu investieren und Teil der Investorenbewegung zu werden.

Am 1. Juli nahm das Executive Committee (zu Deutsch: Führungsteam) seine Arbeit auf. Die neue Führungsstruktur zielt unter anderem darauf ab, die Entscheidungsprozesse der Genossenschaft zu optimieren, die Umsetzung der Strategie für 2022-2026 voranzutreiben und die erfolgreiche Fortführung des Geschäftsbetriebs sowie den Fokus auf nachhaltige soziale Wirkung zu sichern.

Gwen van Berne wurde mit Wirkung vom 9. Mai 2022 zur neuen Direktorin für Finanzen und Risiko und Dave Smit wurde mit Wirkung vom 10. Oktober zum neuen Direktor für Impact Investing ernannt. Beide sind Teil der Geschäftsführung und des Executive Committees. Damit ist das Führungsteam nun vollständig besetzt.

Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e.V.

Der Oikocredit Westdeutsche Förderkreis e.V. (im Weiteren: Verein) ist Genossenschaftsmitglied von Oikocredit International. Der Zweck des Vereins ist die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere zielt er darauf ab, die Lebensverhältnisse benachteiligter Menschen in den Ländern des globalen Südens durch Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe nachhaltig zu verbessern, sowie das entwicklungspolitische Bewusstsein in der deutschen Bevölkerung zu fördern. Dies wird u.a. mit der Durchführung und Unterstützung entwicklungspolitischer Bildungs- und Informationsveranstaltungen verwirklicht. Der Verein erfüllt seinen Zweck außerdem durch den treuhänderischen Erwerb von Anteilen an Oikocredit International im Namen des Vereins, aber auf Rechnung seiner Mitglieder, die hierfür dem Verein Mittel zur Verfügung stellen. Der Verein ist im Rahmen einer fiduziarischen Treuhand tätig.

Anlage 4

Der Vorstand des Westdeutschen Förderkreis e.V. besteht zum 31.12.2022 aus 7 Personen. Zur Durchführung seiner Aufgaben unterhält der Verein eine Geschäftsstelle mit 3 Mitarbeitenden, die zum Bilanzstichtag mit einem Gesamtumfang von 2,4 FTE angestellt sind.

Bis zum Aufnahmestopp am 31.5. hat der Verein im Geschäftsjahr 2022 98 neue Mitglieder gewonnen, 153 sind bis zum Jahresende ausgeschieden. Zum 31.12.2022 hatte der Verein damit 7.028 Mitglieder, 0,7 Prozent weniger als am Ende des Vorjahrs. Die bestehenden Mitglieder investierten 7,6 Millionen Euro neu, Oikocredit-Anteile in Höhe von 7,7 Millionen Euro wurden zurückgegeben. Damit hielt der Verein zum 31.12.2022 treuhänderisch für seine Mitglieder 166,8 Millionen Euro in Oikocredit-Genossenschaftsanteilen, 0,05 Prozent weniger als am Ende des Vorjahrs.

Der Verein war 2022 insgesamt bei rund 80 Veranstaltungen aktiv, davon einige in Präsenz, andere als reine Onlineveranstaltungen. Dazu gehörten Vorträge, Filmvorführungen, Weiterbildungen für die Ehrenamtlichen oder auch Informationsstände bei Messen und Veranstaltungen aus dem Bereich Nachhaltigkeit, ethische Geldanlage und Fairer Handel.

Am 18. August 2021 ist in Deutschland das „Gesetz zur weiteren Stärkung des Anlegerschutzes“ in Kraft getreten. Die darin geregelte Verschärfung der Regulierung von verschiedenen Finanzmarktprodukten betrifft auch die Arbeit des Vereins. Er hat deshalb das öffentliche Angebot einer treuhänderischen Beteiligung an Oikocredit International zum 1. Juni 2022 eingestellt. Neue Anleger*innen konnten seither nicht mehr aufgenommen werden, bestehende Anleger*innen konnten weiterhin ihre Investitionen aufstocken und Verkäufe tätigen.

Um die eigene Wirkung zu erhöhen, arbeitet Oikocredit International seit 2021 an einer Überarbeitung des Geschäftsmodells. Damit ist das Ziel verbunden, allen Anleger*innen eine einheitliche und direkte Möglichkeit der Geldanlage zu bieten. Der Westdeutsche Förderkreis e.V. hat sich in diesem internationalen Projekt intensiv engagiert, um – zusammen mit den anderen deutschen Oikocredit-Förderkreisen – eine tragfähige Lösung für eine Investitionsmöglichkeit im deutschen Markt zu entwickeln. Er war auch aktiv beteiligt an einer neuen Beschreibung der Aufgaben der Oikocredit-Förderkreise. Eine außerordentliche Generalversammlung der Genossenschaft Oikocredit (Ecumenical Development Cooperative Society U.A. mit Sitz in Amersfoort / Niederlande) stimmte am 14. Oktober 2022 einer dazu notwendigen Satzungsänderung zu und damit für die Umsetzung des neuen Anlagemodells. Oikocredit beabsichtigt das neue Anlagemodell einzuführen, sobald die entsprechenden Rückmeldungen der Aufsichtsbehörden vorliegen.

In Kapitel 3 (Prognosebericht) und Kapitel 4 (Chancen und Risiken) nehmen wir zu den Auswirkungen ausführlich Stellung.

Beurteilung der Geschäftsentwicklung des Vereins

Das Geschäftsjahr 2022 war von dem Wechsel in der Geschäftsführung und dem Einfluss der Veränderungen auf deutscher und internationaler Oikocredit-Ebene geprägt und stellte die Arbeit des Vereins vor große Herausforderungen. Die während der Corona-Pandemie neu erworbenen Fertigkeiten und Tools für hybrides und agiles Arbeiten waren dafür sehr hilfreich und konnten weiter ausgebaut werden. Die Arbeit in der Geschäftsstelle erfolgte in einem Mix aus Büropräsenz und Homeoffice. Versammlungen und Sitzungen des Vorstands wurden flexibel in Präsenz, hybrid oder rein virtuell abgehalten.

Der Rückgang des Treuhandvermögens lag deutlich unter dem prognostizierten Kapitalrückgang von 2,7 Millionen Euro. Grund ist die zeitliche Verschiebung der Markteinführung des neuen Beteiligungsmodells auf 2023. Die Anzahl der Mitglieder sank in 2022 um 55 Personen und liegt damit leicht unter dem geplanten Null-Wachstum. Hintergrund ist der Aufnahmestopp von Neumitgliedern zum 31. Mai 2022.

Über die laufenden Entwicklungen bei Oikocredit International wurden die Vereinsmitglieder regelmäßig über die etablierten Eigenmedien (Newsletter, drei publizierte Magazine, Website) und bei verschiedenen Veranstaltungen und Regionalgruppentreffen informiert. Der Verein führte seine Mitgliederversammlung im Mai 2022 durch, zusätzlich wurden im Sommer lokale Mitgliederdialoge zu den Veränderungsprozessen bei Oikocredit International angeboten.

Bildungs- und Informationsveranstaltungen waren wieder verstärkt in Präsenz möglich, sie wurden ergänzt durch regelmäßige virtuelle Veranstaltungen, um die Idee und Arbeitsweise von Oikocredit International nachhaltig positiv im Bewusstsein von Mitgliedern und Interessierten zu verankern. Die Koordination und Zusammenarbeit mit den anderen deutschen Förderkreisen in diesem Bereich wurde weitergeführt und ausgebaut. Der Verein hat die Ausrichtung seiner Bildungs- und Ehrenamtsarbeit im Herbst 2022 intern diskutiert und plant im Rahmen eines partizipativen Prozesses mit seinen Ehren- und Hauptamtlichen eine neue strategische Ausrichtung.

Um sich den abzeichnenden Änderungen im neuen Geschäftsmodell anzupassen, startete die Geschäftsstelle im engen Austausch mit den anderen Förderkreisen und mit Unterstützung der Unternehmensberatung Nordlicht im Herbst einen internen Umstrukturierungsprozess, der voraussichtlich noch bis Juni 2023 anhält. Drei Mitarbeiterinnen wechselten zum 1. November 2022 per Betriebsübergang zu Oikocredit International, eine Mitarbeiterin kehrte im September aus der Elternzeit zurück, ein Mitarbeiter kündigte zum Jahresende. Im Verein wurden die Aufgaben und Zuständigkeiten reorganisiert und an die Neuausrichtung des Förderkreises angepasst.

Neben den Vorständen engagieren sich z.Zt. etwa 70 Mitglieder ehrenamtlich für den Verein. Ohne diese überzeugten Mitglieder wäre die Tätigkeit des Vereins nicht in der bestehenden Weise möglich. Sie waren gegenüber dem Vorjahr wieder mehr in der Vortragsarbeit und bei Standdiensten aktiv. Um die Multiplikator*innen informiert und motiviert zu halten, sie bei den laufenden Veränderungen mitzunehmen und für ihre Aufgaben gut zu qualifizieren, bot der Verein neben Newslettern regelmäßig Präsenz- und virtuelle Treffen an.

2. Wirtschaftsbericht

Der Verein verfolgt in erster Linie keine finanzwirtschaftlichen Ziele, seine Betätigung ist vielmehr vorwiegend darauf ausgerichtet, das Wirken von Oikocredit International den Menschen in Westdeutschland näher zu bringen.

Ertragslage

Aufgrund der besonderen Finanzierungsform durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse und Spenden sind herkömmliche Betrachtungen des Jahresergebnisses bzw. daraus abzuleitende Kennzahlen auf den Oikocredit Westdeutschen Förderkreis e.V. nicht anwendbar.

Die Aufwendungen des Vereins konnten zu 20,8 Prozent aus den Mitgliedsbeiträgen finanziert werden. Von Oikocredit International wurde die Arbeit des Vereins über Zuschüsse in Höhe von 454 TEUR mitfinanziert. Der Oikocredit Westdeutsche Förderkreis e.V. erzielte in 2022 ein Jahresergebnis in Höhe von 32 TEUR. Das Ergebnis liegt damit deutlich über dem im Wirtschaftsplan 2022 angesetzten Verlust in Höhe von -75 TEUR. Da viele internationale und nationale Treffen weiterhin virtuell stattfanden, aufgrund von COVID19 nicht alle geplanten Veranstaltungen und Messen durchgeführt werden konnten und der Veränderungsprozess viele personelle Ressourcen bündelte, fielen insbesondere die Veranstaltungs-, Medien- und Personalkosten geringer aus, als ursprünglich geplant. Gestiegene Energiekosten machten sich noch nicht bemerkbar.

Die Kostenquote der Aufwendungen in Relation zum treuhänderisch verwalteten Anteilskapital liegt bei 0,42 % und ist gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken (2021: 0,43 %).

Anlage 4

Finanzlage

Die Liquidität des Vereins ist stichtagsbezogen zum 31. Dezember 2022 gegenüber dem Vorjahr um TEUR 92 gestiegen.

Die bis 31. Dezember 2022 eingehenden Beträge der Mitglieder zum Erwerb von Oikocredit-Genossenschaftsanteilen wurden monatlich an Oikocredit International weitergeleitet. Rückgewährungen an die Mitglieder konnten immer vertragsgemäß erfolgen. Die Zahlungsfähigkeit des Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e.V. war im Geschäftsjahr 2022 jederzeit gewährleistet.

Vermögenslage

Der wesentliche Teil des Vermögens entfällt auf die Bankbestände und Wertpapiere des Anlagevermögens. Die Wertpapiere des Anlagevermögens sind in einem Mandat Finanzportfolioverwaltung bei der DZ Bank zusammengefasst und unterliegen dem strengen, ethisch-nachhaltigen Anlagefilter der GLS Bank. Die Eigenkapitalquote beträgt stichtagsbezogen 94,3 % und verdeutlicht die starke Innenfinanzierung, basierend auf den Zuschüssen von Oikocredit International.

Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung

Der Verein hatte für 2022 wegen der Beendigung des öffentlichen Angebots einen Rückgang des treuhänderisch gehaltenen Kapitals um 1,6 % und ein Null-Wachstum des Mitgliederbestandes prognostiziert. Aufgrund der zeitlichen Verschiebung der Einführung des neuen Beteiligungsmodells auf den 1. März 2023 konnte beim treuhänderisch gehaltenen Kapital jedoch ein deutlich positiveres Ergebnis erzielt werden, die Mitgliederzahlen sind hingegen leicht, um insgesamt 55 Personen gesunken, da ab 31. Mai 2022 keine neuen Mitglieder aufgenommen werden konnten.

Aufgrund der gegebenen spezifischen Bedingungen wie oben angegeben, schätzt der Verein seine wirtschaftliche Lage weiter als stabil ein. Im Weiteren verweisen wir zur Beurteilung der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Jahr auf Abschnitt 1 des Lageberichts und im Blick auf die anstehenden Veränderungen auf die Abschnitte 3 und 4.

3. Prognosebericht

Seit 1. März 2023 bietet Oikocredit International auch in Deutschland das neue Beteiligungsmodell an. In enger Abstimmung mit Oikocredit International und den deutschen Oikocredit-Förderkreisen wurde und wird an der organisatorischen Umstrukturierung und dem Transfer der Treuhandanteile in das neue, von Oikocredit International verwaltete Anlagemodell gearbeitet. Für die Verwaltung der neuen Beteiligungen der Anleger*innen sind die gleichen Teams in den regionalen Büros von Oikocredit Deutschland zuständig, die bisher als Förderkreis-Mitarbeitende tätig waren. Um insbesondere in dieser Übergangsphase einen Anleger*innenservice aus einer Hand zu bieten, wurden die Oikocredit-Mitarbeitenden in den regionalen Büros bereits im November 2022 vom Verein mit der Verwaltung der treuhänderischen Anteile der Mitglieder beauftragt.

Für Deutschland ist vorgesehen, dass Oikocredit International zum 1. Juni 2023 die hinter den Treuhandverträgen liegenden Anteile in die neuen Beteiligungen tauscht. Damit werden die Treuhandverträge des Vereins mit seinen Mitgliedern gegenstandslos. Ende Februar 2023 wurden alle Anleger*innen gebeten, der Umwandlung der treuhänderischen Anteile in die neuen Beteiligungen zuzustimmen.

Mit seiner Bildungs- und Netzwerkarbeit fördert der Verein auch weiterhin das Bewusstsein für globale wirtschaftliche Zusammenhänge und regt Menschen an, das eigene Handeln im Kontext weltweiter Zusammenhänge zu reflektieren und anzupassen. Im Zentrum stehen dabei die Kernthemen von Oikocredit International, das Engagement im Bereich Mikrofinanz, die Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft und erneuerbarer Energien, sowie die neuen strategischen Geschäftsfelder. So kann der Verein weiterhin die Bekanntheit von Oikocredit vergrößern und Menschen motivieren, mit sozialer und ökologischer Wirkung zu

investieren. Um eine gute Kooperation der Förderkreise in Deutschland und von Oikocredit Deutschland zu ermöglichen, können neue, flexible Strukturen der Zusammenarbeit auf Bundesebene genutzt werden. Außerdem übt der Verein weiterhin sein Stimmrecht bei Oikocredit International aus. Die Arbeit des Vereins wird weiterhin von Oikocredit International durch Zuschüsse finanziert.

Im Hinblick auf seine Finanzlage erwartet der Verein 2023 eine stabile Situation. Bei den Mitgliedsbeiträgen wird ein leichter Rückgang erwartet, die Mittel von Oikocredit International sollen adäquat angepasst werden, beides zusammen ermöglicht die ordentliche Weiterführung der Geschäfte des Vereins. Für die auf 2023 folgenden Jahre wird in Zusammenarbeit mit Oikocredit International ein neues Finanzierungsmodell erarbeitet, um eine konstante Geschäftstätigkeit unter veränderten Bedingungen sicherzustellen.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Kriegs beeinflussen weiterhin die gesamtwirtschaftliche Lage. Verbunden damit verbleibt ein Risiko einer möglicherweise sich verschlechternden Weltwirtschaftslage.

Aufgrund der oben genannten Änderungen in der Geschäftstätigkeit rechnet der Verein 2023 mit der vollständigen Beendigung der Verwaltung der treuhänderisch gehaltenen Oikocredit Genossenschaftsanteile. Bei den Mitgliederzahlen rechnet der Verein mit einem Rückgang um 700 Mitglieder (-10 %).

Insgesamt erwartet der Verein ein Jahresdefizit von rund 25 TEUR, welches durch Rücklagen gedeckt ist.

4. Chancen und Risiken

Chancen

- Mit Bildungs- und Informationsveranstaltungen zu den neuen Oikocredit-Geschäftsfeldern Bildung, Gesundheit, Wohnungsbau sowie Wasserver- und -entsorgung im globalen Süden kann der Verein das besondere Profil der Genossenschaft als soziale Impact Investorin positiv herausstellen, die damit einen Beitrag leistet die globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zu erreichen.
- Das gestärkte Bildungsprofil des Vereins, verbunden mit besonderen Angeboten für dessen Mitglieder, kann die Attraktivität des Vereins erhöhen.
- Die vereinbarte enge Kooperation der einzelnen Oikocredit-Förderkreise in Deutschland mit Oikocredit Deutschland kann zu einer breiteren Wirksamkeit führen.

Risiken

- Die Veränderungen, die durch das Ende des öffentlichen Angebots einer treuhänderischen Beteiligung an Oikocredit in Deutschland durch den Verein sowie durch die Einführung des geplanten neuen Anlagemodells verursacht wurden, bergen verschiedene Risiken:
 - Die Einführung der neuen Beteiligungen könnte bisherige Anleger*innen dazu veranlassen, ihr finanzielles Engagement bei Oikocredit zu beenden und damit auch den Verein zu verlassen. Außerdem ist mit dem neuen geplanten Anlagemodell keine verpflichtende Mitgliedschaft im Verein mehr verbunden. Dies könnte zu einem Rückgang bei der Mitgliederzahl führen, bzw. nur zu einem geringen Wachstum bei Neumitgliedern.
 - Da die Aufgaben der Förderkreise zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf internationaler Ebene noch nicht abschließend definiert sind, besteht noch keine Klarheit über die zukünftige Finanzierung der Vereinsaktivitäten über das Geschäftsjahr 2023 hinaus.
- Die wirtschaftliche Entwicklung des Vereins hängt ganz wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung von Oikocredit International und deren Bekenntnis zu den FKs ab, insbesondere von der Frage, welche Auswirkungen die Einführung des neuen Anlagemodells, die weltweite Inflation und die Folgen des Ukraine-Kriegs auf die Mitglieder und die wirtschaftliche Situation der Partnerorganisationen hat.

Anlage 4

Da sich im vierten Quartal 2022 eine positive wirtschaftliche Entwicklung der Genossenschaft abzeichnet, erwartet der Verein eine stabile Geschäftsentwicklung im kommenden Jahr und sieht keine bestandsgefährdenden Risiken.

5. Besondere Angaben gemäß § 24 Absatz 1 Vermögensanlagegesetz

Der Oikocredit Westdeutsche Förderkreis e.V. beschäftigt weder angestellte noch selbständige Mitarbeitende, die aufgrund ihrer Tätigkeit durch die Emission der Treuhandanteile begünstigt werden. Somit wurden auch im abgelaufenen Geschäftsjahr weder feste noch variable Vergütungen für die Emission von Treuhandanteilen gezahlt. Ebenso wenig hat der Verein in seiner Eigenschaft als Emittent von Vermögensanlagen besondere Gewinnbeteiligungen gewährt. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2022 Gehälter in Höhe von 307 TEUR bezahlt. Die Vorstandsmitglieder als Organe des Vereins übten ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus und haben im abgelaufenen Geschäftsjahr keinerlei Vergütungen erhalten.

6. Entsprechenserklärung

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf und die Lage so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Vereins beschrieben sind.

Bonn, 15. März 2023

gez. Dietmar Blümer
Vorstand (Vorsitzender)

gez. Dr. Jean-Gottfried Mutombo
Vorstand (stv. Vorsitzender)

gez. Harald Ohlmeier
Vorstand (Schatzmeister)

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

DokID:

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unrechtmäßiger Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.